

Nachrüstungseinsatz der Polizei in Bonn kostete rund drei Millionen Mark

Der Einsatz der nordrhein-westfälischen Polizei anlässlich der Demonstrationen gegen die Nachrüstung am 21. und 22. November 1983 sei sowohl von der Konzeption als auch von der Durchführung her richtig gewesen, stellte Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in einer Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung fest. Das Konzept habe zum Ziel gehabt, eine unbeeinflusste Sitzung des Bundestages zu ermöglichen und zum Schutz der im Stadtgebiet Bonn gelegenen 300 „Einsatzobjekte“ Vorsorge zu treffen.

Eine Absperrung um das Parlamentsgebäude sowie Polizeistreifen und Raumschutz im Bereich der Bannmeile sollten laut Schnoor helfen, das Konzept zu verwirklichen. Die Erkenntnislage der Polizei sei bis zum Einsatz leider nicht befriedigend gewesen. Das öffentlich gehandelte Protokoll einer Sitzung der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag habe man für den Einsatz nicht mehr berücksichtigen können, da dieser Umstand erst später bekanntgeworden sei. Mit erheblichen Verkehrsstörungen und Verletzungen der nicht ausgeschilderten Bannmeile rechnete der Innenminister, allerdings sollte ausgeschlossen werden, daß Personen über die U-Bahn oder vom Tulpenfeld her in die Bannmeile einsickerten, um sich dann dort zu versammeln. Diese Taktik habe die Absperrungen bestimmt. Die vom Abgeordneten Rosorius (CDU) für notwendig erachtete Abriegelung des Bundeskanzlerplatzes sei nach der Einschätzung der Einsatzleitung daher unzweckmäßig gewesen. Zur Feststellung von Personalien seien 242 Personen angehalten und gegen 42 ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden. Die Aufwendungen des Landes anlässlich des Einsatzes in Bonn bezifferte der Innenminister auf 2,5 bis 3,5 Millionen DM.

Ausschußvorsitzender Willi Pohlmann (SPD) hatte den Innenminister auf Antrag der CDU ferner um einen Bericht über polizeiliche Erkenntnisse im Zusammenhang mit einem in Bielefeld geräumten Haus gebeten. Der Sprecher des Innenministeriums berichtete ausführlich darüber. In dem Haus wurden bei der Durchsichtung Vorkehrungen gefunden, die bei einer Räumung zu erheblichen Verletzungen geführt hätten. Die Ermittlungen gegen die ehemaligen Hausbesetzer dauern an. Da für den Umbau des Hauses in eine Fluchtburg bis dahin keine polizeilichen Erkenntnisse vorlagen, sei ein Einschreiten der Polizei aus Sicherheitsgründen vorher nicht geboten gewesen. Unbestätigt blieben auch die von Hubert Doppmeier (CDU) erwähnten Pressemeldungen, wonach von Personen, die in dem Haus wohnten, Straftaten wie Sprengstoffanschläge ausgegangen seien. Strafbare Handlungen von Polizeibeamten und Angestellten im Bereich des LKA und Innenministeriums waren in letzter

Fortsetzung Seite 16

Porträt der Woche

Im Präsidium des Landtags sitzt sie folgerichtig links neben dem Präsidenten. Die Sozialdemokratin Waltraud Lauer ist eine von den drei Frauen, die den Chef des Landtags John van Nes Ziegler und seine zwei Stellvertreter bei der Arbeit im Plenum unterstützen.

Seit 1975 ist die gebürtige Duisburgerin im Parlament und genießt bei ihren Genossen und auch bei der CDU-Opposition ein gleichermaßen gutes „standing“. Mit ihrer freundlichen und natürlichen Art hat sie jeder gern, und man hört auch auf sie. Die heute 57jährige hat keine Probleme, wenn es um die Anerkennung als Frau geht: „Wir haben die gleiche Arbeit zu leisten wie die Männer. Wenn wir das tun, werden wir auch anerkannt.“

Damit hat sich die Duisburgerin dann allerdings auch einige Belastungen aufgeladen. Sie ist nicht nur stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, sondern auch Mitglied des Schulausschusses, Sprecherin im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung und außerdem noch Mitglied in der Landtschaftsversammlung Rheinland.

Aus dieser Auflistung geht schon hervor, daß ihr Interesse bislang vor allem im sozialen Bereich gelegen hat. Hier etwas zu bewegen, war ihr Hauptanliegen. Und ein bißchen stolz ist Waltraud Lauer darauf, daß es ihr im letzten Jahr gelungen ist, die Verpflichtungen des Landes so nachdrücklich darzustellen, daß trotz der heiklen Haushaltslage vier zusätzliche Millionen Mark für die Bildungspolitik im Etat lockergemacht wurden. Die Sozialdemokratin: „Ich komme aus einer Stadt mit hoher Arbeitslosenquote. Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich sage, daß hier Hilfe dringend notwendig ist.“ Konkret umreißt die Abgeordnete, was mit den Millionen geschieht: „Mit den Geldern wird beispielsweise auf Elternseminaren geübt, was Familien bei der Vorschulerziehung beachten müssen, oder es geht darum, das Problem Kind und Fernsehen anzupacken.“ Aus Erfahrung weiß Waltraud Lauer, daß Familien bei schmalen Geldbeutel für solche gesellschaftspolitischen Fragen kein Geld ausgeben und deshalb der Staat einspringen muß.

Fast gleichrangig mit der Familienpolitik beschäftigt die SPD-Frau die Kommunalpolitik. Schließlich kommt sie aus der Gemeindearbeit. Bevor Waltraud Lauer aus dem Duisburger Rat in die Landespolitik überwechselte, war sie bereits über zehn Jahre lang Ratscherrin in ihrer Heimatstadt. Überhaupt ist Waltraud Lauer eine überaus politische Frau. Dazu hat ihre Familie viel beigetragen. Ihre Mutter, eine gebürtige Holländerin, war schon in der SPD, als es Frauen noch



Waltraud Lauer (SPD)

verboten war, an Parteiversammlungen teilzunehmen.

Ihr Vater, der vor 1933 für die Duisburger SPD im Rat gesessen hatte, wurde nach der Machtergreifung arbeitslos, verfolgt und eingesperrt. Doch die Nachkriegszeit sah ihn ungebrochen politisch aktiv im Düsseldorfer Landtag, da, wo heute seine Tochter sitzt. Aus dem wachen Miterleben der Geschehnisse im Dritten Reich wollte Waltraud Lauer zunächst gar nichts mit der Politik zu tun haben. Auf Grund des väterlichen politischen Engagements war für sie der Besuch einer Oberschule oder gar eine Universität auch finanziell „gar nicht drin“. Statt dessen absolvierte Waltraud Lauer nach der Volksschule die Handelsschule, machte eine kaufmännische Lehre und wurde Buchhalterin. Doch die Politik liegt ihr so im Blut, daß sie 1946 Mitbegründerin der Duisburger Falken wurde und im gleichen Jahr noch in die SPD eintrat.

Bei den Falken lernte sie übrigens ihren Mann kennen, der heute als SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Duisburger Stadtrat arbeitet. Als 1957 ihr Sohn geboren wurde, machte die aktive Genossin erst einmal beruflich eine Pause. Doch schon vier Jahre später war sie Ratscherrin in ihrer Heimatstadt: „Ich konnte einfach nicht zu Hause bleiben“, meint sie heute.

Der Umzug aus dem Stadtrat in das Landesparlament hat ihr keine Schwierigkeiten bereitet. Die Sozialdemokratin: „Es ist nur eine andere Ebene.“ In der wenigen ihr verbleibenden Freizeit liest sie gern – auch mal einen Krimi – kocht und hat mit besonderer Freude Gäste. In der Politik würde sie übrigens gern einmal „etwas anderes machen“ als Familien- und Bildungspolitik. Ihr Interesse geht in Richtung Finanzen. Denn eines steht schon heute fest: Auch in der nächsten Legislaturperiode wird die wackere Sozialdemokratin wieder im Landtag mitarbeiten. Ihr Wahlkreis hat sie schon nominiert – und zwar einstimmig. Gerlind Schaidt